

Wir sollten im eigenen Land vermehrt über unseren Finanzplatz informieren

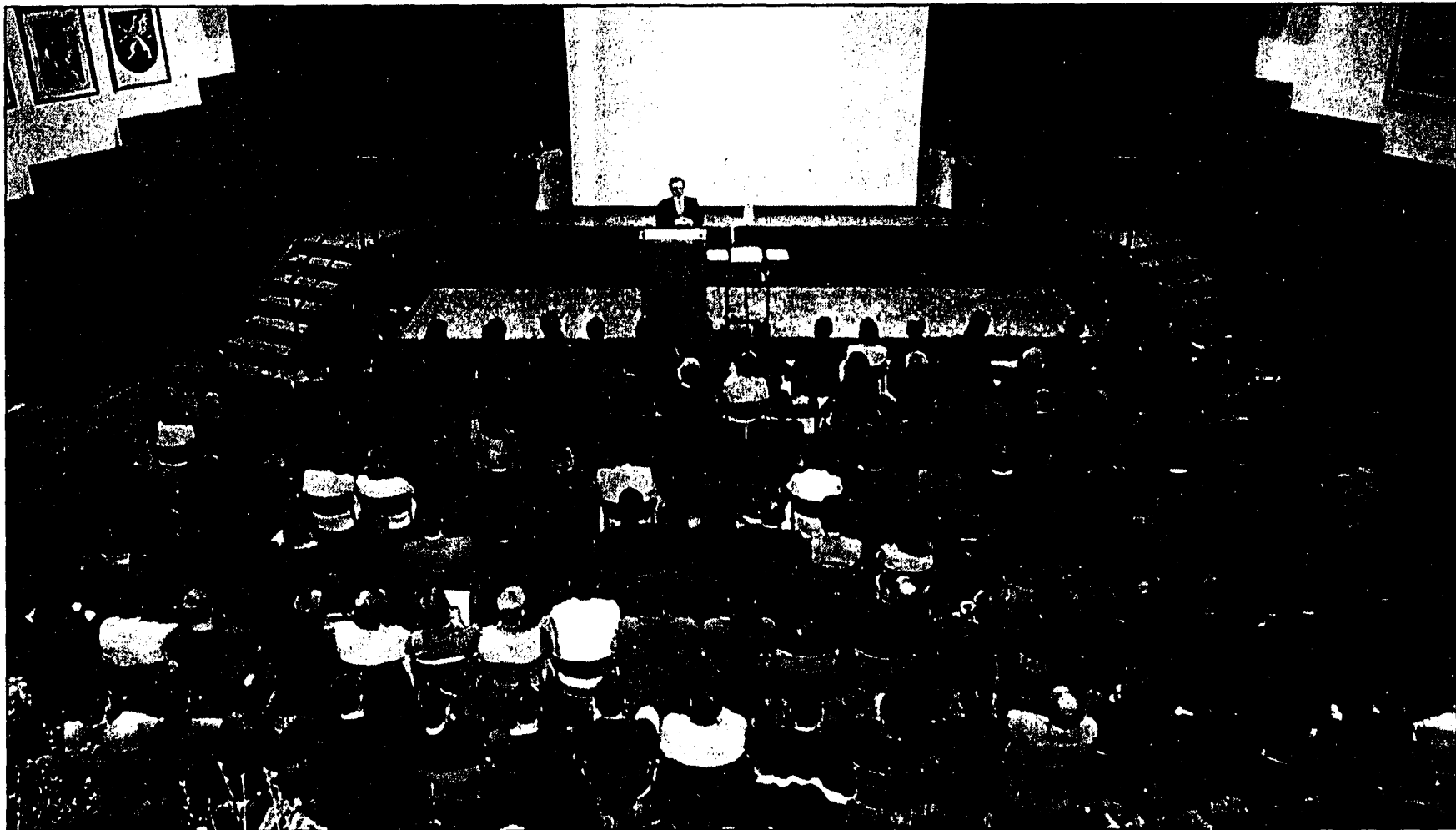
Referat von Parteipräsident Ernst Walch zum Finanzplatz Liechtenstein im internationalen Umfeld

Vor dem Hintergrund des Gesagten erlaube ich mir, ein paar konstruktiv gemeinte Vorschläge zu skizzieren.

Teilweise unzulängliche Umsetzung und Vollstreckung der bestehenden Gesetze mit Verschärfung der selben Gesetze zu bekämpfen, ist der falsche Ansatz

1.) Wir müssen umgehend Einigkeit im Inneren, d.h. zwischen den staatlichen Organen und Trägern der Macht (Fürst, Landtag, Regierung, Volk) erreichen, damit wir gemeinsam wenigstens nach aussen mit einer Stimme und einem Ziel auftreten können. Unsere Staatsorgane dürfen die Schwächen und Fehlleistungen des anderen bei der Bewältigung dieser Krise nicht für den innenpolitischen Machtkampf missbrauchen.

2.) Wir sollten im eigenen Land und unter den Einwohnern vermehrt über die Grundlagen und Auswirkungen unseres Finanzplatzes informieren und



Die zahlreich erschienenen Besucherinnen und Besucher hörten interessiert den fünf Referaten und der anschliessenden Podiumsdiskussion zu.

6.) Aktivieren wir unsere diplomatischen Kontakte im Ausland gezielt und informieren wir über unsere Gesetzeslage, anstatt, wie von Regierungsseite

Den für unseren Finanzplatz wichtigen Instrumentarien müssen wir besser Nachhaltigkeit verschaffen

wiederholt getan, Schuldige und Schwächen im System zu vermuten und zu verkünden. Wir brauchen den internationalen Vergleich nicht scheuen. Stehen wir zu unserem Rechtsstaat und verlangen wir Rechtsstaatlichkeit auch und insbesondere von den einflussreichen und mächtigen Ländern.

7.) Den für unseren Finanzplatz wichtigen Instrumentarien müssen wir bes-

ser Nachhaltigkeit verschaffen. Das betrifft nicht nur die Sorgfaltspflicht und Kontrolle der Banken und Treuhänder, sondern im selben Masse den Geheimnisschutz (das Bank-, das Amts-, Anwalts- und das Geschäftsgeheimnis). Zuwiderhandlungen insbesondere durch Angestellte von Geheimnisträgern müssen mit aller Härte geahndet und nicht beinahe wie ein Kavaliersdelikt zur Kenntnis genommen werden.

8.) Wir dürfen es nicht zulassen, dass einzelne Unschuldige denunziert und, quasi um ein Exempel zu statuieren, geopfert werden. Unser Staat hat alle Mitglieder zu schützen. Das Sankt-Florianprinzip zu akzeptieren, ist ein fataler Fehler. Es untergräbt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat und zerstört jede innere Solidarisierung.

9.) Anstehende Gesetzesänderungen dürfen, sofern sie notwendig sind, nicht unter dem derzeitigen emotionalen Druck und überhastet durchgepeitscht werden, sondern müssen getragen von Qualität und Weitblick sein. Konkret

müssen die derzeit laufenden Vernehmlassungsfristen verlängert werden. Die verschiedenen Vernehmlassungsergebnisse sollten für einmal den Abgeordneten zugestellt werden.

10.) Und schliesslich sollte unsere Regierung, auch wenn oder gerade weil sie eine Alleinregierung ist, sowohl ein beratendes Krisenmanagement als auch einen Think Tank aus der Privat-

Unser Staat hat alle Mitglieder zu schützen

wirtschaft zur Weiterentwicklung unseres Finanzplatzes unter Einbezug aller Kräfte des Landes einrichten. Hier ist die parteipolitisch motivierte Ausgrenzung nur der zweitbeste Weg.

Wir jedenfalls bieten unsere Mitarbeit, unser Wissen und unsere Erfahrung an. Danke.



Ernst Walch: «Regierung, Landtag und Fürst sollen sich nicht von ausländischen Medien und ausländischen populistischen Politikern verleiten lassen, vorschnelle Gesetzesänderungen zu beschliessen.» (Bilder: Dietmar Stiplovsek)

diskutieren mit dem Ziel, dass unsere Bevölkerung dieses System mitträgt oder aus eigener Kraft und Überzeugung – und nicht aufgrund äusseren Zwanges – Veränderungen bewirkt. Dazu möge diese Veranstaltung beitragen.

3.) Regierung und Landtag und Fürst sollen sich nicht von ausländischen Medien und ausländischen populistischen Politikern verleiten lassen, vorschnelle Gesetzesänderungen zu beschliessen und Konzessionen, wie Amtshilfe, Durchlöcherung des Bankgeheimnisses, liberale Rechtshilfe u.ä., die unser Dienstleistungs- und Finanzsystem schwächen, eingehen.

4.) Versteigen wir uns nicht in einen Musterschülerkomplex. Im Konzert der internationalen Verbrechensbekämp-

fung können und sollen wir mitspielen – aber nicht als Vorreiter.

5.) Teilweise unzulängliche Umsetzung und Vollstreckung der bestehenden Gesetze mit Verschärfung der selben Gesetze zu bekämpfen ist der falsche Ansatz. Wenn man vergleicht, wieviele neue Amtsstellen im Zuge der Umsetzung des EWR geschaffen und besetzt wurden, müssen halt zur Durchsetzung der Sorgfaltspflicht und Bekämpfung der Geldwäscherei allenfalls auch die Polizei und das Landgericht qualitativ verstärkt werden. Allerdings ist anzumerken, dass – entgegen den Vorwürfen aus dem Ausland – die Rechtshilfe in Liechtenstein im internationalen Vergleich sehr zügig abgewickelt wird – auch im Vergleich mit der Schweiz.



Die Möglichkeit, bei den verschiedenen Ständen Informationen zum Finanzplatz zu erhalten, wurde rege benutzt.